

Übersichten

März 2003

Außenpolitik

1 China und die Irak-Krise vor und nach Kriegsbeginn

Die erste Märzwoche war für die chinesische Außenpolitik erneut von der Irak-Krise bestimmt. Tang Jiaxuan, zu diesem Zeitpunkt noch chinesischer Außenminister, wiederholte im Zusammenhang mit den US-amerikanischen Vorstößen für eine weitere Irak-Resolution im UN-Sicherheitsrat zur Legitimierung eines militärischen Eingreifens im Irak kontinuierlich den bereits bekannten chinesischen Standpunkt. Die VR China unterstütze eine politische Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen, wünsche eine Fortsetzung und Intensivierung der Arbeit der UNMOVIC im Irak und fordere den Irak selbst unmissverständlich auf, die relevanten UN-Resolutionen in vollem Umfang und strikt einzuhalten. Im Gegenzug müssten Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Irak respektiert werden.

Einer von den USA gewünschten weiteren Resolution des Sicherheitsrats erteilte China eine Absage, war in seiner Haltung jedoch längst nicht so be-

stimmt und konfrontativ wie Frankreich und Russland, die mit einem Veto für den Fall drohten, dass die Vereinigten Staaten oder Großbritannien einen entsprechende kriegslegitimierenden Resolutionsentwurf in den Sicherheitsrat einbringen sollten. Im Umfeld seiner Teilnahme an der Sitzung des UN-Sicherheitsrates Anfang März führte Tang Jiaxuan Konsultationen mit dem UN-Generalsekretär, seinen Amtskollegen aus den Ständigen Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats sowie mit UN-Botschaftern einer Reihe von arabischen Staaten. Auch hier stand offensichtlich die Verdeutlichung der chinesischen Haltung, insbesondere der Verzicht auf die Androhung eines Vetos, im Vordergrund.

In der Frage einer weiteren Resolution wurde deutlich, dass China auf Zeit spielte und darauf hoffte, eine Abstimmung im Sicherheitsrat abwenden zu können, um nicht in Gegensatz zu den USA oder zur arabischen Welt zu geraten. Für den Fall einer Abstimmung rechneten Beobachter allenfalls mit einer Enthaltung von chinesischer Seite. Abhängigkeiten bestehen in beiden Richtungen. Die USA sind der wichtigste Handelspartner Chinas, und immerhin 30% des Ölbedarfs Chinas werden international bezogen – davon 60% aus dem Nahen Osten.

Als Mitte März klar wurde, dass sich die USA und eine kleine Zahl ihrer Bundesgenossen nicht von einer militärischen Intervention im Irak abbringen lassen würden, reagierte die chinesische Regierung am 17. März mit der Evakuierung ihres Botschaftspersonals sowie chinesischer Journalisten auf dem Landweg in Richtung Jordanien. Unmittelbar nach dem Beginn des amerikanischen Angriffs auf den Irak veröffentlichte das chinesische Außenministerium eine Stellungnahme, in der die chinesische Regierung ohne namentliche Nennung der Vereinigten Staaten „an die betroffenen Staaten appellierte, ihre militärischen Handlungen sofort einzustellen“. Die Kriegshandlungen, so Kong Quan für das chinesische Außenministerium, verstößen gegen die Charta der Vereinten Nationen und gegen die grundlegenden Normen des internationalen Rechts.

Deutlichere Worte fand zwei Tage später erst die Kommission für Auswärtige

Angelegenheiten des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. In einer öffentlichen Erklärung wurde den „USA und einigen weiteren Ländern“ vorgeworfen, sie hätten ohne Autorisierung durch die Vereinten Nationen und gegen den allgemeinen Willen der Weltgemeinschaft einseitig den militärischen Weg beschritten. Man sei schockiert und besorgt, dass diese Staaten willkürlich und unter Missachtung der UN-Charta Gewalt gegen ein souveränes Land üben.

In den chinesischen Medien wurde in der Folge zwar intensiv berichtet, auch über die weltweiten Friedensdemonstrationen. Demonstrationen in China selbst wollte man allerdings nicht zulassen. Während so chinesische Staatsbürger ihrer Verärgerung in zum Teil sehr drastischer Form in den Kommunikationsforen des Internet Luft machten, wurde am 21. März einer kleinen Gruppe von ca. 60 Ausländern im Ritan Park in Beijing Gelegenheit gegeben, de facto unter Ausschluss der chinesischen Öffentlichkeit gegen den von den USA entfesselten Irak-Krieg zu demonstrieren.

Das chinesische Interesse ist nun auf ein möglichst schnelles Ende des Krieges gerichtet. Was dieses Ende allerdings insbesondere im Hinblick auf die kommerziellen chinesischen Interessen – ausstehende Zahlungen aus und laufende Verträge mit irakischen Partnern – bringen wird, ist noch völlig offen. Von einer schnellen Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen erhofft man sich jedoch insgesamt zumindest einen Rückgang des Ölpreises und die Vermeidung von wirtschaftlichen Rückschlägen. (XNA, 4.3., 9.3., 10.3., 12.3., 18.3., 22.3.03; IHT, 6.3., 21.3., 25.3.03; Xinhua, 4.3.03, nach BBC PF, 5.3.03; Xinhua, 7.3.03, nach BBC PF, 9.3.03; Xinhua, 17.3.03, nach BBC PF, 18.3.03; Xinhua, 20.3.03, nach BBC PF, 21.3.03; ZXS, 7.3.03, nach BBC PF, 8.3.03; RMRB online, 20.3.03, nach BBC PF, 21.3.03; NZZ, 14.3., 21.3.03) -kg-

2 Die Zukunft der Taiwan-Frage

Im Zuge des Generationswechsels in der chinesischen Regierungsmannschaft hatten im März auch Äuße-

rungen zur Taiwan-Frage Hochkonjunktur. Die Stoßrichtung der neuen chinesischen Regierung in der Frage der Wiedervereinigung ist klar: Im Vordergrund stehen künftig das Werben um möglichst breite Bevölkerungsschichten und die Bekämpfung separatistischer Kräfte – womit nicht zuletzt der taiwanische Präsident Chen Shuibian gemeint sein dürfte. Verzichtet wurde hingegen von allen Regierungsvertretern, die sich öffentlich in der Sache äußerten, auf den ansonsten üblichen Hinweis auf die Möglichkeit des Einsatzes militärischer Mittel, um eine Wiedervereinigung unter bestimmten, von Beijing definierten Umständen zu erzwingen. Einen Hinweis darauf, dass die Geduld der VR China jedoch nicht unbegrenzt sei, gab lediglich der inzwischen auf dem X. Nationalen Volkskongress abgelöste Vizepremier Wu Bangguo. Die Taiwan-Frage könne, so Wu, nicht auf unabsehbare Zeit ungelöst bestehen bleiben.

Hu Jintao zeigte sich hingegen deutlich konzilianter und betonte, man hoffe, Meinungsverschiedenheiten auf dem Wege des Dialogs und in Verhandlungen beilegen zu können. Zwei Punkte seien jedoch für die chinesische Regierung in der Taiwan-Frage von entscheidender Bedeutung. Dies seien ihr unbeirrtes Festhalten an dem Ein-China-Prinzip als Grundlage der Entwicklung jeglicher Beziehungen zwischen dem Festland und Taiwan sowie die Hoffnung, die die chinesische Regierung seit einigen Jahren diesbezüglich insbesondere in die taiwanische Bevölkerung setze, die sich auch bisher schon als wichtige Kraft in der Entwicklung des personellen, kulturellen und wirtschaftlichen Austauschs über die Taiwan-Straße hinweg erwiesen habe.

Im Mittelpunkt der Strategie Beijings dürften in der näheren Zukunft daher die so genannten Drei Direktverbindungen zwischen dem Festland und der Insel und die Aufnahme von Verhandlungen über deren Errichtung stehen. Taiwan lehnt bislang derartige Verhandlungen aus statusrechtlichen Fragen ab. Chinesische Politiker bemühen sich daher derzeit in einer weitreichenden Umarmungsstrategie, alle nur denkbaren Bevölkerungsgruppen Taiwans für das Projekt der Drei Direktverbindungen zu vereinnahmen.

Die Argumentation verläuft hier zweigleisig. Zunächst stehen wirtschaftliche Fragen im Mittelpunkt. So wurde man auf chinesischer Seite nicht müde darauf hinzuweisen, dass das chinesische Festland mit einem Anteil von mehr als 25% der Gesamtausfuhren Taiwans inzwischen zum unbestreitbar wichtigsten Exportmarkt der Insel geworden sei und daraus im Jahr 2002 immerhin einen Handelsüberschuss von 25,11 Mrd. US\$ generieren konnte.

Die Realisierung der Drei Direktverbindungen, so die Argumentation weiter, komme demnach in erster Linie den Volkswirtschaften auf beiden Seiten der Taiwan-Straße zugute. Aber auch die humanitäre Komponente wird immer stärker in den Mittelpunkt gerückt. Schließlich würde ein größeres Zusammenrücken durch direkte Flug- und Schiffsverbindungen auch den inzwischen 0,5 Mio. Taiwanesen zugute kommen, die auf dem Festland lebten und arbeiteten. Leitende Funktionäre der mit Taiwan befassten Organe der VR China ließen sich gar dazu hinreißen, in diesem Zusammenhang von einem „philantrophischen Projekt“ zu sprechen.

So nehmen Umarmungsstrategie und Einheitsfrontpropaganda für die Aufnahme der Direktverbindungen bisweilen auch skurrile Züge an, wenn sich im Rahmen des X. NVK beispielsweise ein Delegierter aus Macau dahingehend äußert, dass besonders auch der Mazu-Kult eine wichtige Komponente des Austauschs zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße darstelle und die Gläubigen bislang in der Ausübung ihrer Religion dadurch eingeschränkt seien, dass keine direkten Verkehrsverbindungen zu den primären Heiligtümern bestünden.

Das Gegengewicht zum Werben um die taiwanische Bevölkerung bildet – ebenfalls in Kontinuität – die Beschneidung des außenpolitischen Spielraums Taiwans. Hierzu zählen nicht nur die deutlichen Missfallensäußerungen aus dem chinesischen Außenministerium an die Adresse der Vereinigten Staaten, als Mitte März ein Vertreter des Pentagons Taiwan besuchte, um dort Gespräche über Waffenlieferungen und eine mögliche Kooperation in der Raketenabwehr zu führen. Auch die Verhinderung

der Partizipation Taiwans in internationalen Organisationen, deren Mitglieder souveräne Staaten sind, steht hier weiter auf dem Programm. Ebenfalls Mitte März wendete sich der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Kong Quan, gegen erneute Versuche Taiwans, Mitglied in der Weltgesundheitsorganisation WHO zu werden. Auch die USA sahen sich in dieser Sache der heftigen Kritik aus Beijing ausgesetzt, da kurz zuvor das Repräsentantenhaus eine Entschließung zur Unterstützung Taiwans in dieser Frage beschlossen hatte. (XNA, 5.3., 12.3., 15.3., 19.3.03; ZXS, 10.3.03, nach BBC PF, 11.3.03; DGB online, 13.3.03, nach BBC PF, 16.3.03; Xinhua, 14.3.03, nach BBC PF, 15.3.03; Xinhua, 26.3.03, nach BBC PF, 27.3.03; CNAT online, 21.3.03, nach BBC PF, 22.3.03) -kg-

3 Amtswechsel im chinesischen Außenministerium

Mit Li Zhaoxing, der auf dem X. Nationalen Volkskongress Mitte März im Amt des Außenministers als Nachfolger Tang Jiaxuans bestätigt wurde, dürfte auch der Schwerpunkt der chinesischen Außenpolitik der nächsten Jahre feststehen: Li gilt als wortgewaltiger USA-Experte. Auch seine diplomatische Erfahrung sammelte er primär in den Vereinigten Staaten, zunächst von 1992 bis 1995 in New York als Ständiger Vertreter Chinas bei den Vereinten Nationen und im UN-Sicherheitsrat, dann von 1998 bis 2001 als chinesischer Botschafter in den USA in Washington.

Viel war trotz Irak-Krieg und Nordkorea-Krise bislang vom Amtsnachfolger Tang Jiaxuans allerdings nicht zu hören. Der viel beschworene Generationswechsel scheint zumindest in der Außenpolitik bislang nur formell vollzogen. So hielten beispielsweise im Zusammenhang mit dem Krieg im Irak die aus ihren Regierungsämtern zurückgetretenen Genossen Ende März die Zügel in dieser wichtigen Frage noch fest in der Hand. Die Zentrale Führungsgruppe für Auswärtige Angelegenheiten, die bislang unter der Leitung Jiang Zemins stand und über deren neuen oder bleibenden Vorsitzenden noch nichts bekannt wurde, setzte unmittelbar nach Kriegsbeginn im Irak ein außerordentliches Not-

standsgremium unter der Leitung des neuen Ministerpräsidenten Hu Jintao ein, das zentral für alle Entwicklungen um den Irak-Krieg zuständig zeichnet.

Direkte telefonische Kontakte zur außenpolitischen Abstimmung mit „den Regierungschefs relevanter Staaten“ sollen in diesem Zusammenhang jedoch nicht dem neuen Außenminister obliegen. Diese Aufgabe hat vielmehr der Amtsvorgänger Tang Jiaxuan als Staatsrat mit Zuständigkeit für Außenpolitik inne. Tang war es auch, der im Rahmen einer Sitzung dieses Gremiums über die Evakuierung chinesischer Staatsbürger aus dem Irak berichtete und der weiterhin für die Koordinierung der chinesischen Politik mit den Vereinten Nationen, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Russland zuständig sein wird. Die Phase des Übergangs von der 3. zur 4. Führungsgeneration ist damit offensichtlich noch längst nicht vollendet. (FT, 12.3.03; ZXS, 17.3.03, nach BBC PF, 18.3.03; *Ming Pao* online, 22.3.03, nach FBIS, 25.3.03) -kg-

4 Deutlich verringertes Wachstum des Verteidigungshaushalts

Zum ersten Mal seit 13 Jahren wächst das chinesische Verteidigungsbudget im Jahr 2003 nicht mehr im zweistelligen Prozentbereich, sondern fällt mit einem Zuwachs von 9,6% gegenüber dem Vorjahr geradezu moderat aus. Die Verteidigungsausgaben werden damit knapp 1,7% des Bruttoinlandsprodukts der VR China entsprechen. Obwohl internationale Militärbeobachter davon ausgehen, dass auch die 2003 offiziell bereit gestellten 185,3 Mrd. Yuan RMB nur einen Teil der realen Verteidigungsausgaben Chinas abdecken, sind Chinas Ausgaben in diesem Bereich trotz der umfassenden Modernisierungsaufgaben als moderat zu bezeichnen. Ausgehend von der offiziell bekannt gegebenen absoluten Zahl, entspräche das chinesische Verteidigungsbudget gerade einmal 6% der Summe, die die Vereinigten Staaten von Amerika für die Landesverteidigung aufwenden, und auch Japans Verteidigungsausgaben liegen demnach noch 60% über den chinesischen.

Von chinesischer Militärsseite wird im Zusammenhang mit dem deutlich verringerten Wachstum der Verteidigungsausgaben auf die Beschlüsse des XVI. Parteitags verwiesen. Hier sei beschlossen worden, dass auch die Aufwendungen für die Landesverteidigung künftig nur im Einklang mit der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung und den Steuereinnahmen steigen sollen. Nach Einschätzung von Beobachtern wurde diese Harmonisierung erst dadurch möglich, dass das vor einigen Jahren begonnene Projekt der Entkommerzialisierung des chinesischen Militärs inzwischen weitgehend abgeschlossen werden konnte. Die hohen Wachstumsraten des Militärhaushalts seien in den letzten Jahren zum größten Teil zum Ausgleich der wegfallenden Einnahmen aus wirtschaftlichen Aktivitäten sowie zur Steigerung der Lebensqualität der Militärangehörigen aufgewendet worden.

Sold und soziale Aufgaben werden demnach auch weiterhin den Löwenanteil am Budget ausmachen. Daneben sind Ausgabenschwerpunkte jedoch insbesondere die Stärkung der angewandten militärischen Forschung, die Beschaffung von Technologie sowie die Ausbildung qualifizierten Personals. Zwar erfreue sich die VR China, so ein chinesischer Militärsprecher, insgesamt einer stabilen Sicherheitslage. Dennoch bestehe die Herausforderung durch „einzelne westliche Länder“ weiter, die nach wie vor versuchen „China einzudämmen“. Des Weiteren sei durchaus die Gefahr gegeben, dass sich in Krisenherden an der chinesischen Peripherie heiße Konflikte entwickelten. Und nicht zuletzt müsse man trotz der positiven Entwicklung des Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße den Bestrebungen der dortigen Behörden entgegenzutreten, die eine Politik „wachsender Unabhängigkeit Taiwans“ betrieben. In dieses Bild passt die Einschätzung des Pentagons, dass die chinesische Armee wahrscheinlich bis zum Jahr 2005 das Potenzial besitzen werde, der lebenswichtigen Infrastruktur Taiwans militärisch einen Todesstoß zu versetzen. Insgesamt ist man sich jedoch auch in den USA weitgehend einig in der Einschätzung, dass die militärische Modernisierung als notwendiger Teil des wirtschaftlichen Fortschritts in China

zu betrachten sei und die chinesische Regierung in erster Linie an Stabilität interessiert sei. (WSJ, 3.3.03; Xinhua, 6.3.03, nach FBIS, 10.3.03; *Wen Wei Po* online, 7.3.03, nach FBIS, 10.3.03) -kg-

5 Erster Staatsgast der neuen Regierung aus Pakistan

Als erster ausländischer Gast der neuen chinesischen Regierungsmannschaft reiste der pakistanische Ministerpräsident Mir Zafarullah Khan Jamali am 24. März zu einem dreitägigen Staatsbesuch nach Beijing. Von pakistanischer Seite wurde in diesem Zusammenhang betont, welche Bedeutung man den Beziehungen mit China beimesse, schließlich sei ein Besuch der USA, Großbritanniens und Frankreichs zuvor – mit Rücksicht auf die Stimmung in der pakistanischen Bevölkerung, wie es allerdings hieß – abgesagt worden.

Während seines Besuchs kamen der pakistanische Ministerpräsident und seine hochrangige Delegation mit der gesamten neuen chinesischen Führungsmannschaft zusammen. Aber auch ein Gespräch mit Jiang Zemin, bei dem auch der neue Außenminister Li Zhaoxing zugegen war, stand auf dem Programm. Aus pakistanischer Sicht diene der Besuch offenbar dazu, die chinesische Regierung der Loyalität Pakistans zu versichern, denn im Zuge einer Verbesserung der pakistanischen Beziehungen zu den USA im Verlauf des Kampfes gegen die Taliban in Afghanistan waren hier in Beijing offenbar Zweifel auf die Verlässlichkeit Pakistans aufgekommen. So versicherte Mir Zafarullah Khan Jamali dem neuen chinesischen Premierminister Wen Jiabao im Gespräch denn auch, die Freundschaft seines Landes zur Volksrepublik China sei immer ein Eckstein der Außenpolitik Pakistans gewesen. An dieser Politik werden auch regionale oder internationale Entwicklungen nichts ändern, so der pakistanische Ministerpräsident weiter.

Beide Seiten verständigten sich in verschiedenen Gesprächen darauf, auch weiterhin eine aktive Zusammenarbeit zu pflegen, um eine gerechte und vernünftige politische und ökonomische Weltordnung zu errichten.

Auch eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung wurde beschlossen. Obwohl Mir Zafarullah Khan Jamali auch zu einem Meinungsaustausch mit dem chinesischen Verteidigungsminister Cao Gangchuan zusammentraf und dieser die „starke“ militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern würdigte, wurden weitere Einzelheiten nicht bekannt. Der pakistanische Ministerpräsident betonte jedoch, seine Regierung wolle auch in Zukunft ihre Politik, und hier insbesondere die Verteidigungspolitik, Hand in Hand mit der VR China betreiben. China ist wichtigster Lieferant Pakistans für Waffen und Verteidigungstechnologie.

Als wohl wichtigstes Ergebnis des Besuchs wurde zwischen Jamali und Wen Jiabao ein Memorandum of Understanding über den Bau des dritten pakistanischen Kernkraftwerks unterzeichnet. Dieses soll wie auch schon das erste mit chinesischer Unterstützung errichtete in Chashma, 255 km südwestlich von Islamabad, entstehen. (XNA, 24.3., 25.3., 26.3.03; Radio Pakistan, 24.3.03, nach BBC PF, 25.3.03; ZXS, 25.3.03, nach BBC PF, 26.3.03; Xinhua, 25.3.03, nach BBC PF, 26.3.03; WSJ, 25.3.03) -kg-

6 Weiteres Werben für einen Dialog mit Nordkorea

Sowohl die alte als auch die neue chinesische Regierung wiederholen fast gebetsmühlenartig die chinesische Auffassung, nur ein konstruktiver Dialog zwischen den Kontrahenten USA und Nordkorea könnte zu einer Lösung der Krise führen, die durch den einseitigen Rückzug der Demokratischen Volksrepublik Korea aus dem Atomwaffensperrvertrag ausgelöst worden war. Auf chinesischer Seite sei man gegen die Erhöhung des Drucks auf bzw. gegen die Verhängung jedweder Sanktionen gegen Nordkorea, da dies die Lage nur zusätzlich verkomplizieren könnte.

Hinsichtlich der chinesischen Aktivitäten in dieser Frage betonte der alte chinesische Außenminister Tang Jiaxuan in Beantwortung von Journalistenfragen Anfang März in Beijing, China arbeite aktiv auf eine Dialoglösung hin. Dies geschehe jedoch, so Tang weiter, nicht im Rahmen

einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne, sondern vielmehr im Stillen. Beijing ging es im Wesentlichen darum zu verhindern, dass die Frage der Wiederaufnahme des nordkoreanischen Atomprogramms auf die Tagesordnung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gebracht würde, wie die USA dies wollten. Eine Behandlung dieser Frage „zum gegenwärtigen Zeitpunkt“, so die chinesische offizielle Haltung, sei „nicht angebracht“.

Nachdem China hierbei erfolgreich war, wurde es offensichtlich von der amerikanischen Regierung dahingehend gewarnt, dass die USA nach einem erfolgreichen Abschluss des Krieges gegen den Irak auch den Druck auf Nordkorea erhöhen wollten. Zwar wahrte auch die neue chinesische Regierung mit Appellen für einen direkten Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea weiter Kontinuität in der chinesischen Haltung, doch scheint die Wortwahl des neuen Präsidenten Hu Jintao in dieser Frage in der zweiten Märzhälfte auf eine graduelle Veränderung hinzudeuten. Auch Hu rief zwar zum Dialog zwischen den USA und Nordkorea auf, sprach jedoch nicht mehr explizit von einem rein bilateralen Dialog, sondern vielmehr von „bestimmten Formen des Dialogs“. Zwar machte Hu hierzu keine näheren Ausführungen, doch könnte die Wortwahl auf ein vorsichtiges Abgehen von der Unterstützung der nordkoreanischen Position hinweisen, ausschließlich mit den USA verhandeln zu wollen. (CCTV1, 6.3.03, nach BBC PF, 7.3.03; XNA, 12.3., 14.3., 20.3., 26.3., 28.3.03; ZXS, 13.3.03, nach BBC PF, 14.3.03; WSJ, 13.3.03; IHT, 28.3.03) -kg-

7 Sibirisches Öl für China oder Japan?

Die VR China als Nettoimporteur von fossilen Energieträgern bemüht sich seit Jahren um den Bau einer Erdöl-Pipeline aus dem sibirischen Russland nach Nordostchina. Diese ist für China aus strategischer Sicht besonders im Hinblick auf die bisherige weitgehende Abhängigkeit vom Nahen Osten von großer Bedeutung. Bereits in den neunziger Jahren begann China unter dem Eindruck des ersten Golfkriegs mit amerikanischer Beteiligung 1991 nach alternativen Bezugsquellen

zu fahnden. Eine sichere Belieferung über eine russische Pipeline, die aufgrund ihres Verlaufs dem Zugriff anderer Mächte entzogen wäre, steht daher ganz oben auf der chinesischen Agenda zur Diversifizierung der Lieferquellen.

Als großer Konkurrent erwies sich hierbei jedoch in den vergangenen Jahren insbesondere Japan, das ebenfalls ein vitales Interesse an russischen Lieferungen hat und daher für einen Endpunkt einer möglichen Pipeline am Japanischen Meer warb. Diese Lösung war jedoch für die chinesischen Planer nicht akzeptabel. Zum einen war China an einer exklusiven Belieferung und einen Endpunkt der Pipeline im traditionsreichen chinesischen Erdölzentrum Daqing interessiert. Zum anderen wäre der Nachschub in Krisenzeiten auf dem Seeweg vorbei an Japan und um die Koreanische Halbinsel herum militärisch kaum zu sichern.

Im März meldete sich nun der russische Ministerpräsident Kasjanow zu Wort und gab bekannt, man erwäge den Bau einer gegabelten Pipeline, sofern die Untersuchungen in den Erdölfeldern bei Angarsk überhaupt eine entsprechende Förderkapazität von ca. 80 Mio. t ergäben. Sollte die ostsibirischen Erdölvorkommen das hergeben, sollten künftig jährlich auch nur 30 Mio. t davon an China geliefert werden. Eine endgültige Entscheidung soll im Mai getroffen werden.

Ist China bestrebt, seine Lieferquellen zu diversifizieren, so will Russland sich auf der anderen Seite angesichts der erheblichen Baukosten für eine Pipeline offensichtlich nicht ausschließlich an China als Abnehmer binden. Während die japanische Regierung die Pläne begrüßte, liefe auch die von Russland angestrebte Doppel-Lösung den strategischen Interessen einer sicheren Nachschubleitung zuwider. Da die russische Regierung jedoch betonte, bei der Entscheidung für die Routenführung der geplanten Pipeline sei eine Vielzahl von Faktoren abzuwägen, bleibt offensichtlich noch Raum und Zeit für Überzeugungsarbeit Beijings. (NZZ, 15./16.3.03; FT, 16.3.03; XNA, 15.3.03; Interfax, 14.3.03, nach BBC PF, 15.3.03; Interfax-Kasachstan, 28.3.03, nach BBC PF, 30.3.03) -kg-